



„Wie Flüchtlinge Europa sehen“

Aktuelle Informationen zur Flüchtlingszeitung und zum Tag des Flüchtlings am 1.10.2004

Zum aktuellen Stand

Die Redaktion möchte sich für die rege Teilnahme und für die vielen kreativen und abwechslungsreichen Beiträge zum Thema „Wie Flüchtlinge Europa sehen“ bedanken. Die Zeitung verspricht eine gelungene bunte Mischung sehr unterschiedlicher Perspektiven auf dieses Thema zu werden. Es wurden eingereicht: Essays, Interviews, Gemälde, Zeichnungen, Fotos, Gedichte, Erzählungen und so weiter. Die jüngste Teilnehmerin ist 18 Jahre alt. Wir freuen uns sehr darauf, diese Zeitung im Rahmen eines Projektes des Europäischen Flüchtlingsfonds zu erstellen und hoffen, dass wir dadurch - mit aktiver Unterstützung der Flüchtlinge selbst - an diesem Tag einen kleinen Beitrag zu mehr Miteinander und Rücksichtnahme aufeinander leisten können.

Auflage Flüchtlingszeitung

Um einen ungefähren Anhaltspunkt für die Höhe der Auflage zu haben, **sind wir ganz dringend auf Ihre Unterstützung angewiesen**. Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie vorhaben, am Tag des Flüchtlings, 1.10.2004, oder im Laufe der Interkulturellen Woche eine Aktion (Stand, Straßenverteilung, Podiumsdiskussion, Fest, etc.) durchzuführen und wie viele Zeitungen

Sie verteilen möchten (**Bestellformular auf Seite 2**).

Bitte denken Sie daran, dass die Zeitung, die in einer professionellen und guten Qualität hergestellt wird, auch nach diesem Termin verteilt werden kann, z. B. als Werbung für die eigene Initiative mit einem eigenen Faltblatt als Beilage, als kleines Dankeschön an Unterstützer Ihrer Arbeit oder zur Werbung neuer Unterstützer für die Flüchtlingsarbeit mit einem Spendenaufruf, und und und ...

Bitte teilen Sie uns Ihre geplanten Aktionen am Tag des Flüchtlings mit!



Scheuen Sie sich nicht, die Zeitungen unentgeltlich auch in höherer Anzahl zu bestellen, denn es liegt auch in unserem Interesse, die Flüchtlinge selbst zu Wort kommen zu lassen und ihre Beiträge weit zu streuen.

Die Zeitungen müssen spätestens Ende August in Druck gegeben werden. Sie werden diese dann spätestens in der letzten Sept.-Woche von uns per Post erhalten.

Poster

Zum Thema Flüchtlinge und Europa werden wir auch ein Poster speziell für die Flüchtlingszeitung entwerfen, das Sie selbstverständlich auch bei uns bestellen können. Über das Motiv, die Größe usw. werden wir Sie ab Anfang August in einer separaten Email informieren.

Standardflyer

Wir erstellen einen Standardflyer, den Sie zur Werbung mit den Daten Ihrer Initiative versehen und verteilen können.

Standardpressemitteilung

Wir verfassen eine Pressemitteilung zum Tag des Flüchtlings, die Sie mit ihren Daten ergänzen und mit kleinen Änderungen auf Ihre Aktion bei lokalen Medien aufmerksam machen können.

**Gerne
stellen wir
Ihnen
auch
Poster,
Flyer
sowie eine
Mitteilung
an die
Presse zur
Verfügung**

Weitere Materialien

Zum Tag des Flüchtlings können Sie bei uns auch die Materialien von Pro Asyl bestellen (siehe <http://www.proasyl.de/webshop/index.php>):

- Flugblätter und Poster des AK Asyl
- Plakate „Europa macht dicht“
- Heft zum Tag des Flüchtlings „Europa macht dicht“

Im Anschluss an diesen Text finden Sie ein Bestellformular, das Sie uns bis spätestens 31. August 2004 am Besten per Email an die Adresse zaeri@web.de zusenden können. Oder an die Geschäftsstelle: Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern o.R., Fax: 0741/ 34 89 213



Bestellformular für unentgeltliche Bestellung zum Tag des Flüchtlings 1. Oktober 2004

!!! bis spätestens 31. August 2004

zurück an zaeri@web.de

Oder an die Geschäftsstelle: Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern o.R., Fax: 0741/ 34 89 213

	Anzahl
Flüchtlingszeitung Wie Flüchtlinge Europa sehen	
Standardflyer für baden-württembergische Flüchtlingsinitiativen	
Standardpressemitteilung	
AK Asyl-Plakat zum Tag des Flüchtlings	
Pro Asyl Heft „Europa macht dicht“	
Pro Asyl Flyer	
Pro Asyl Plakat „Europa macht dicht“	

Name (Person, Initiative, Einrichtung, o.ä.)

AnsprechpartnerIn

Adresse

Tel., Fax, Email

Wir planen am _____ die folgende Aktion (Stand, Verteilung der Zeitung, Podium...):

Das Zuwanderungsgesetz unter Dach und Fach

AK Asyl B.-W. kritisiert mit Pro Asyl die zentralen ungelösten Problemfelder in der Asylpolitik

(Auszug aus einer PRO ASYL-Pressemeldung vom 9.07.04)

PRO ASYL warnt die Innenpolitiker von Bund und Ländern davor, sich nach der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes zufrieden zurückzulehnen. Das Zuwanderungsgesetz lässt zentrale Problemfelder in der Migrations- und Asylpolitik ungelöst. Die anstehenden Ausführungsbestimmungen und Verordnungen dürfen nicht allein der Ministerialbürokratie überlassen werden. PRO ASYL fordert die rot-grüne Bundesregierung und die Länder auf, sich der Verantwortung zu stellen. Ungelöste Fragen erfordern zeitnahe Antworten. Dies sind unter anderem:

Die Ev. Landeskirche in Baden und das Diakonische Werk Württemberg haben in einem gemeinsamen Papier die Änderungen im Zuwanderungsgesetz für Flüchtlinge u. a. in den Bereichen Humanitäre Regelungen, Schutz der Familieneinheit, Integration, Regelungen über den Zugang zum Arbeitsmarkt und Ausweitungsmöglichkeiten aufgelistet und bewertet: www.ekiba.de/Referat-5/images/Kurzdarstellung-ZuWG-Bewertung-070704final.pdf.

Einen kurzen Überblick zu den wichtigsten Neuerungen finden Sie außerdem auf den Seiten des Informationsverbands Asyl/ZDWF unter www.asyl.net oder im Asylmagazin, Ausgabe 7-8/2004 (Kopie erhältlich in der Geschäftsstelle).

- **Arbeitsmarktzugang:** Geduldete haben nach dem Zuwanderungsgesetz keinen Arbeitsmarktzugang. Die Arbeitsaufnahme soll in einer Verordnung geregelt werden. Für die 230.000 Geduldeten bedeutet die neue Rechtslage eine extreme Verunsicherung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wird aufgefordert, die Rechtsverordnung rasch zu erlassen und den Geduldeten die Beschäftigungsaufnahme zu erlauben.
- **Härtefallregelung:** Die im Zuwanderungsgesetz vorgesehene Härtefallregelung muss zügig umgesetzt werden. Die Länder können schon jetzt anfangen, Härtefallkommissionen einzusetzen. Die Länderverordnungen dürfen

AK Asyl B.-W. kritisiert: Weiterhin keine Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt!

nicht so gestrikt sein, dass Flüchtlinge und langjährig Geduldete von vornherein ausgeschlossen werden.

- **Bleiberechtsregelung:** Das Zuwanderungsgesetz enthält keine Bleiberechtsregelung für die langjährig Geduldeten. Der parteiübergreifenden Einsicht, dass Menschen nicht dauerhaft geduldet werden sollen, müssen endlich politische Taten folgen. Eine Bleiberechtsregelung ist auch im Interesse der Verwaltung, um aufwendige Prüfungsverfahren nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes zu verhindern.
- **Fremdenfeindlichkeit und Rassismus:** Die Bundesregierung muss endlich ihren internen Streit um das Antidiskriminierungsgesetz beenden. Die Umsetzungsfristen der EU-Richtlinien sind schon seit letztem Jahr abgelaufen. Antidiskriminierungspolitik ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.
- **Illegalisierte:** Die Politik darf das Schicksal der Illegalisierten nicht verdrängen. Kirchen und Menschenrechtsorganisationen fordern seit Jahren ein Umdenken. Auch die Unabhängige Kommission Zuwanderung unter der Leitung Rita Süßmuths hatte empfohlen, zumindest den Schulbesuch der Kinder durch eine Abschaffung der Meldepflicht der Lehrer zu ermöglichen und die Kriminalisierung der humanitären Helfer abzuschaffen.

Der Jesuitenpater Jörg Alt vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst in Berlin beschreibt in einem „Summary“ die Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes auf illegalisierte Flüchtlinge. Zu finden unter <http://www.joerg-alt.de>, dann auf den Link „Executive Summary“ klicken.

- **Abschiebungshaft:** Bereits vor sechs Jahren hatte sich Rot-Grün im Koalitionsvertrag selbst verpflichtet, zumindest die Dauer der Abschiebungshaft im Lichte der Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Menschen bis zu 1 ½ Jahren zu inhaftieren, ohne dass sie sich strafbar gemacht hätten, ist unverhältnismäßig

Staatsanzeiger für B.-W. 25/2004

Besserer Schutz für Flüchtlinge

Justizministerin Werwig-Hertneck plant Härtefallkommission Ministerpräsident Teufel: „Sachgerecht“

Berlin. Nach dem Zuwanderungskompromiss in Berlin liegt nun im Haus der Ausländerbeauftragten der Landesregierung, Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck (FDP), der Entwurf für eine Verordnung zur Arbeit so genannter Härtefallkommissionen vor. Sie verweigerte gegenüber dem „Staatsanzeiger“ aber zum bislang nicht veröffentlichten Entwurf eine Stellungnahme. Doch: „Ich strebe an, die im Gesetz eröffnete Chance für eine Härtefallkommission im Land zu nutzen.“ Die Vergangenheit habe gezeigt, dass das rechtliche Instrumentarium des Ausländergesetzes in besonderen humanitären Härtefällen keine menschlich befriedigenden Lösungen ermögliche. Die Kommission soll von Flüchtlingen angerufen

Werwig-Hertneck: „Entwurf für eine Verordnung der Arbeit der Härtefallkommission liegt vor!“

Kabinettsumbildung in Baden-Württemberg

Gleich fünf neue Minister/-innen und drei neue Staatssekretäre gibt es seit Kurzem im Kabinett von Ministerpräsident Erwin Teufel:

- Heribert Rech, CDU, Jurist, 54 Jahre, wurde Nachfolger des bisherigen Innenministers Thomas Schäuble
- Sozialministerin und Nachfolgerin von Friedhelm Replik wurde Tanja Gönner, CDU, MdB aus Sigmaringen
- Ulrich Goll, FDP, 55 Jahre, wurde Nachfolger von Corinna Werwig-Hertneck im Justizministerium

Weiter wurde Ernst Pfister neuer Wirtschaftsminister sowie Stefan Mappus neuer Verkehrs- und Umweltminister

Die Fraktion der Grünen im baden-württembergischen Landtag hat Mitte Juli einen Antrag eingebracht, in dem sie die Landesregierung auffordert, baldmöglichst eine Rechtsverordnung zur Schaffung einer Härtefallkommission vorzulegen. Gefordert wird in dem Antrag „ein Gremium von überschaubarer Größe (..) in dem die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte und der Arbeitskreis Asyl vertreten sind. (...) Während des Verfahrens vor der HFK ist von aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen abzusehen.“
(http://www2.landtag-bw.de/WP13/drucksachen/Txt/13_3361.html)

werden können,

die kurz vor der Ausweisung stehen und sich dadurch „besonderer Härten“ - Gefahren für Leib und Leben also - ausgesetzt sehen. Sollten die Flüchtlinge die acht Kommissionsmitglieder überzeugen, können diese - nicht bindende - Empfehlungen an die Ausländerbehörden aussprechen. Der Entwurf der Ausländerbeauftragten sieht eine dem Innenministerium unter-, aber der Ausländerbeauftragten zugeordnete, gleichwohl unabhängige Kommission vor. In ihr sollen Vertreter des Innenministeriums, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der Kommunen beraten. Ein Sitz ist dem Entwurf zufolge auch für den Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg reserviert, der Flüchtlinge berät. Darüber hinaus sollen die Flüchtlinge die Möglichkeit haben, sich von Anwälten vertreten zu lassen. Und damit die Kommissionsmitglieder nicht allein nach Aktenlage entscheiden müssen, können sie die Betroffenen oder ihre Vertreter zu Anhörungen einladen. Dem Innenministerium soll das Papier der Ausländerbeauftragten zugeleitet werden, sobald das Gesetz von Bundestag und Bundesrat am neunten Juli beschlossen wurde.

Innenminister Thomas Schäuble (CDU) hatte sich Anfang des Jahres in einem Zeitungsinterview grundsätzlich für eine Härtefallkommission auch in Baden-Württemberg ausgesprochen. Auf Anfrage des „Staatsanzeigers“ mochte er sich zu dem Sachverhalt aber nicht erneut äußern. Eine Sprecherin sagte, das Zuwanderungsgesetz läge noch nicht vor. Erst wenn dieses geprüft sei, werde entschieden, ob und in welcher Form eine Härtefallkommission eingesetzt werden könne. Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) ließ die Frage nach einer Härtefallkommission in einer ersten Stellungnahme offen. Er sagte, es sei „sachgerecht“, dass die Entscheidung darüber den Ländern überlassen werde.

Die Freiburger Bundestagsabgeordnete Kerstin Andrae (Grüne) will, dass die Härtefallkommission in Baden-Württemberg „zügig und zeitnah“ eingesetzt wird. Noch deutlicher Angelika von Loeper, Vorsitzende des Arbeitskreises Asyl in Baden-Württemberg: Sie forderte Schäuble zum Handeln auf. „Er muss zu seinem Wort stehen“, sagte sie unserer Zeitung. Sie befürwortete es, wenn der Arbeitskreis Asyl in der Kommission vertreten wäre. Doch auch die Härtefallkommission stößt dabei nicht auf ungeteilte Zustimmung: In Ausnahmefällen wäre zwar die Kommission zuständig. Das Gros der Flüchtlinge aber „bleibt auf der Strecke“, sagte ein Sprecher des Arbeitskreises Asyl. Der Zuwanderungskompromiss selbst wurde in Baden-Württemberg von Vertretern aller Parteien begrüßt. Regierungschef Teufel konnte sich mit der Forderung durchsetzen, dass der Bund die Kosten für die Integration von neuen Zuwanderern sowie für bereits in Deutschland lebenden Ausländern tragen soll. Über sechs Jahre sollen aus Bundesmitteln 50 000 neue Sprachkurse jährlich bezahlt werden. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) sagte, er rechne mit Kosten in Höhe einer dreistelligen Millionensumme.

In Baden-Württemberg leben rund 1,25 Mio. Ausländer. Das Zuwanderungsgesetz soll zum 1. Januar 2005 in Kraft treten.

Thorsten Denkler, Berlin

Innenministerkonferenz in Kiel am 7. und 8. Juli

Ergebnisse der Innenministerkonferenz

PRO ASYL: Flüchtlingspolitische Beschlüsse gehen an den Realitäten vorbei

Die Innenminister und –senatoren der Länder haben die Ergebnisse ihrer Beratungen veröffentlicht. „Der Tagungsort auf der Gorch Fock in Kiel hat offensichtlich das Tagungsklima bestimmt. Flaute auf der ganzen Linie, lähmende Beschlussunfähigkeit im flüchtlingspolitischen Bereich“, so der Kommentar von PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic.

Afghanistan: Angesichts der zunehmend problematischen Sicherheitslage im Land wäre eine Bleiberechtsregelung notwendig gewesen. Stattdessen werden die Ausländerreferenten der Länder und des Bundes beauftragt, die bereits in der zurückliegenden Innenministerkonferenz in Jena beschlossenen Rückführungsgrundsätze und ihre Umsetzung einzuleiten. So sieht sich ein immer noch nicht eingegrenzter Teil der afghanischen Flüchtlinge in Deutschland weiterhin von Abschiebung bedroht. „Etwaige Bleiberechtsregelungen“ werden ohne klare Linie in den Raum gestellt.

Irak: Obwohl die Lage im Irak unübersichtlich und chaotisch ist, begrüßen die Innenminister und –senatoren die Aktivitäten des Bundesinnenministers, der das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zur Einleitung einer Vielzahl von Widerrufsverfahren animiert hat. Damit wird eine völkerrechtswidrige Praxis begrüßt, denn die Voraussetzungen für den Widerruf liegen angesichts einer völlig unstablen Lage im Lande nicht vor.

Minderheitenangehörige aus dem Kosovo: In völliger Verkennung der Realität im Kosovo bittet die Konferenz Otto Schily, die Verhandlungen über Rückführungsmodalitäten mit

AK Asyl B.-W. fordert das Innenministerium auf, zu seinem Wort zu stehen und eine Härtefallkommission einzurichten

Alle Beschlüsse der IMK im Wortlaut finden Sie unter www.im.nrw.de/inn/doks/imk0704.pdf

UNMIK weiter fortzusetzen. Der Kollaps der Sicherheitsagentur im Kosovo während der Märzpogrome gegen Minderheiten, Symptom einer Dauerkrise, wird ignoriert. Das Ergebnis: Die Minderheitenangehörigen leben weiterhin in Ungewissheit – deren ausländerrechtlicher Ausdruck: die Duldung.

In einem aktuellen Schreiben betont der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen in Deutschland, dass seit Ende April ethnische Albaner mit Ausnahme einiger weniger Gebiete, in denen sie eine Minderheit darstellen, abgeschoben werden dürfen. Dasselbe gilt seit Juni für Minderheitengruppen der Bosniaken, Gorani, Torbesh und Türken. Nicht akzeptiert von der UNMIK werden Abschiebungen von Serben, Roma, Ashkali und Ägyptern. Ein daraus resultierender Erlass des Innenministeriums NRW (erhältlich in der Geschäftsstelle) wird auf <http://diakonie.punkt.de>, der Intranetseite des Diakonischen Werkes Baden, von J. Blechinger kommentiert.

Immerhin haben fünf Bundesländer (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) in einer Protokollnotiz erklärt, dass nach den Märzereignissen keine Rückführungen in größerem Umfang möglich sein werden und sich für ein Bleiberecht für Angehörige von ethnischen Minderheiten ausgesprochen. PRO ASYL erwartet, dass diese Bundesländer ihre Position auch künftig konsequent vertreten und sich nicht mit inhaltenden Berichten aus dem Hause Schily abspeisen lassen.

Tschetschenien: Erneut hat sich die Konferenz nicht mit der Situation tschetschenischer Flüchtlinge befasst. Der Umgang des russischen Autokraten

Putin mit der Tsche-

Stichwort: „Innenministerkonferenz“

Die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (Innenministerkonferenz IMK) ist die Fachkonferenz für Innere Sicherheit, Katastrophenschutz, Verwaltung und Gesetzgebung, Kommunale Angelegenheiten sowie Ausländer- und Migrationsangelegenheiten in der Bundesrepublik Deutschland. In der IMK sind die Innenminister und -senatoren der Länder mit Stimmrecht vertreten. Es gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Der Bundesinnenminister nimmt als ständiger Gast an den Sitzungen teil. Die Konferenz tagt in der Regel zweimal im Jahr. Der Vorsitz wechselt jährlich. Vorsitzender der IMK 2004 ist der schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Buß.

schenienfrage ist offenbar sakrosankt. Auf ihn wartet demnächst in Hamburg die Ehrendoktorwürde der Ökonomie. Die Befassung mit seinen Opfern im Rahmen der Innenministerkonferenz hätte wohl gestört.

**Pro Asyl:
IMK
verkennt
die
Realitäten
in Flücht-
lingsher-
kunftslän-
dern!**

PRO ASYL fordert die Innenministerkonferenz auf, künftig die Realitäten in Flüchtlingsherkunftsländern zur Kenntnis zu nehmen. Im Bündnis mit breiten gesellschaftlichen Kräften fordern wir darüber hinaus ein Bleiberecht für langjährig geduldete Menschen, die längst hierzulande integriert sind. Dass die Beschlüsse dieser IMK an zwei Stellen immerhin den Begriff „Bleiberechtsregelung“ verwenden, ist ein Zeichen der Hoffnung.

(PRO ASYL-Pressmeldung vom 8.07.04)

Tipps und Termine

3.-5.09.2004: Tagung „Traumatisierte Flüchtlinge im Spannungsfeld zwischen Medizin und Asyl- und Ausländerrecht“, Ort: Neudietendorf, Tagungsbeitrag 100 €, Veranstalter und Anmeldung (bis 20.08.): Evangelische Akademie Thüringen, Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf, Thüringen, Tel.: 036202 98-40, Fax: -22, E-Mail: info@ev-akademie-thueringen.de.

7.09.2004: Fortbildung „Europa ganz praktisch – Europäische Strukturen vor Ort“, Ort: Rendsburg, Veranstalter und Anmeldung: Diakonisches Werk Schleswig Holstein, Kanalufer 48, 24768 Rendsburg, Tel.: 04331 593-246, Fax: -130, E-Mail: asyl@diakonie-sh.de.

+++ Bitte schnell anmelden unter Tagungs-Nr. 43 09 04 bei Fr. Hummel,
Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Fax 07164 79-5210 +++

Neue Grenzen – neue Kooperationen: Asyl- und Aufnahmepolitik in der erweiterten Union

Programm:

Freitag, 17. September 2004

Bis 18:15 Anreise

18:30 Abendessen

19:30 Begrüßung und Einführung in die Tagung mit
Vorstellung der internationalen Gäste

Dr. Manfred Budzinski, Evangelische Akademie Bad
Boll

Angelika von Loeper, Vorsitzende Arbeitskreis Asyl
Baden-Württemberg, Karlsruhe

Karl Kopp, PRO ASYL, Frankfurt/Main

20:00 Grund- und Menschenrechte in Europa in
Gefahr

Peer Baneke, Generalsekretär, European Council on
Refugees and Exiles (ECRE), London

Ferenc Köszeg, Hungarian Helsinki Committee,
Budapest

Moderation: *Thomas Dermann*, Evangelische

Landeskirche in Baden, Karlsruhe

anschließend Aussprache

ab 21:45 Gelegenheit zu informellen Kontakten im
Café Heuss

Samstag, 18. September 2004

9:00 Einführung: Information and Cooperation
Forum

Karl Kopp

9:15 Bereit für Aufnahme

Podium mit: *Maria Pamula*, Halina Niec Human

Rights Association, Krakau; *Martin Rozumek*,

Organization for Aid to Refugees (OPU), Prag; *Doris*

Sattler, Foundation Gea 2000, Ljubljana; *Marta*

Pardavi, Hungarian Helsinki Committee, Budapest;

Barbora Kohutikova, Slovak Humanitarian Council,

Bratislava; *Anny Knapp*, Asylkoordination

Österreich, Wien; *Harald Glöde*, Flüchtlingsrat

Brandenburg, Berlin

Moderation: *Agnes-Lisa Wegner/Karl Kopp*, PRO
ASYL

10:30 Pause

11:00 Fortsetzung des Podiums

12:30 Mittagessen

14:00 Kaffee, Tee und Kuchen

14:30 Foren

Einführung: *Anny Knapp*, Asylkoordination

Österreich, Wien

FORUM 1

Minderjährige Flüchtlinge

Dr. Silke Jordan, Landesarbeitsgemeinschaft

unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF)

Baden-Württemberg, Karlsruhe

Martin Rozumek, Organization for Aid to Refugees,

Prag

Moderation: *Benita Suwelack*, Flüchtlingsrat
Nordrhein-Westfalen, Essen

FORUM 2

Traumatisierte Flüchtlinge

Elise Bittenbinder, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft
der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und

Folteropfer (BAFF e.V.), Berlin

Moderation: *Angelika von Loeper*, Arbeitskreis Asyl

Baden-Württemberg, Karlsruhe

FORUM 3

Lager, Gemeinschaftsunterkünfte

Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin

Barbora Kohutikova, Slovak Humanitarian Council,
Bratislava

Moderation: *Stephan Dünnwald*, Flüchtlingsrat
München

FORUM 4

Abschiebehaft und Grenzverfahren

Jozef Kruppa, Slovak Helsinki Committee, Bratislava

Barbara Poharnok, Hungarian Helsinki Committee,
Budapest

Susanne Rohfleisch, Arbeitskreis Asyl, Heidelberg

Moderation: *Harald Glöde*, Flüchtlingsrat

Brandenburg, Berlin

FORUM 5

Freizügigkeit, Zugang zu Bildung

Marei Pelzer, PRO ASYL, Frankfurt/M.

Maria Pamula, Halina Niec Human Rights
Association, Krakau

Moderation: *Dr. Manfred Budzinski*, Evangelische
Akademie Bad Boll

FORUM 6

Zuständigkeiten: Dublin II, EURODAC und

„Sichere“ Drittstaaten

Jürgen Blechinger, Evangelische Landeskirche in
Baden, Karlsruhe

Anny Knapp

Moderation: *Thomas Dermann*, Evangelische

Landeskirche in Baden, Karlsruhe

17:30 Plenum

Ergebnisse der Foren/Konsequenzen für die

Weiterarbeit

18:30 Abendessen

ab

19:30 Social Evening mit Musik im Café Heuss

Sonntag, 19. September 2004

9:30 Capacity Building

Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen
im Flüchtlingsbereich

Christine Cartland, ECRE, London

10:30 Pause

11:00 Zukunft von Asylarbeit in Europa unter
veränderten Bedingungen

Gespräch zwischen *Wojciech Trojan*, UNHCR-

Regionalbüro, Budapest und *Karl Kopp*, PRO ASYL

Moderation: *Dr. Manfred Budzinski*

12:30 Mittagessen, Ende der Tagung

17.-18.09.2004: Kongress „Wir können euere Zukunft sein! – Zukunftsperspektiven von jungen Flüchtlingen in Deutschland“. Bundesweiter Kongress zum Weltkindertag. Kosten: 45 €, Information und Anmeldung (bis 3.10.): Bundesfachverband UMF, Hauptgeschäftsstelle, Postfach 810244, 90247 Nürnberg, Tel.: 0911 23737-53, Fax: -56, E-Mail: bfv-umf@t-online.de.

24.09.2004: Tagung „Roma sind Europäer“, Veranstalter: Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Langer Garten 23b, 31137 Hildesheim, Tel.: 05121 316-00, Fax: -09, E-Mail: nds@nds-fluerat.org.

28.09.-30.09.2004: Kongress „Zuwanderung und Integration gestalten – Zukunft gewinnen“, Ort: Berlin, Anmeldung und Veranstalter: Deutscher Caritasverband, Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Fax: 0761 200211, E-Mail: Laura.Zucconi@caritas.de.

29.09.2004: Fortbildung „Gleichstellung per Verordnung? – Die Antidiskriminierungslinie der EU“, Ort: Hamburg, Anmeldung und Veranstalter: Diakonisches Werk Schleswig-Holstein, Kanalufer 48, 24768 Rendsburg, Tel.: 04331 593-246, Fax: -130, E-Mail: asyl@diakonie-sh.de.

1.10.2004: TAG DES FLÜCHTLINGS mit der Aktion „Europa, Feindin oder Freundin? Wie Flüchtlinge Europa sehen.“ Näheres siehe S. 1-2.

1.10.-3.10.2004: „Asyl und Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union“, Ort: Villigst/Schwerte bei Dortmund, Veranstalter und Anmeldung: amnesty international, Blenkerweg 14, 44265 Dortmund, Tel.: 0231 479623, Fax: 0231 3951841, E-Mail: Eckhardmatthies@aol.com.

20.10.-22.10.2004: Tagung „Aufnahmequoten contra Kindeswohl? – Zur Situation der Umverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“, Ort: Magdeburg, Informationen und Anmeldung: Bundesfachverband UMF, Hauptgeschäftsstelle, Postfach 810244, 90247 Nürnberg, Tel.: 0911 23737-53, Fax: -56, E-Mail: bfv-umf@t-online.de.

20.11.04: Plenum/Tagung des AK Asyl B.-W., Friedensgemeinde, Schubartstraße 14, Stuttgart. Das Programm finden Sie auf S. 11.

Literatur/Medien

Dokumentarfilm: „Problemfall Kosovo“

Während einer Reise im April 2004 wurden soziale Brennpunkte im Kosovo besucht. Probleme von Minderheiten wurden ebenso aufgezeichnet wie die der Versorgung und Unterbringung von geistig und körperlichen behinderten Menschen und Neuankömmlingen ohne eigene Unterkunft. Weitere Fragen, die im Film behandelt werden: Ausgrenzung aufgrund alter Traditionen, Blutrache, von ihren Männern verstoßene Frauen.

Der Film ist gut geeignet für Flüchtlings- und Asylarbeitskreise, aber auch für Behörden und andere an dem Themenspektrum Interessierte.

Laufzeit 20 min, lieferbar wahlweise als DVD oder VHS-Cassette, Preis: 15 Euro. Zu beziehen bei Udo Dreutler, Dietrich, Bonhoeffer-Straße 25, 76275 Ettlingen, Tel.: 07243 12866, Fax: 4930, E-Mail: kontakt@dreutler.de.

Broschüre „Ratgeber für arbeitssuchende Flüchtlinge“, herausgegeben vom Hessischen Flüchtlingsrat. Kostenlos zu beziehen über den Hessischen Flüchtlingsrat, Frankfurter Straße 46, 35037 Marburg.

Ziel des Ratgebers ist es, Flüchtlingen sowohl die schwierigen ausländer- und arbeitsrechtlichen Voraussetzungen für eine Arbeitsaufnahme bzw. Aus- und Weiterbildung darzustellen, als auch Hinweise für den Erwerb der deutschen Sprache und Tipps für die Suche nach einer Arbeitsstelle zu geben. Unterstützt durch anschauliche Beispiele werden die Bewerbung, das Vorstellungsgespräch, der Arbeitsvertrag, das Verhalten am Arbeitsplatz, der Arbeitslohn, die Sozialversicherungs- und Lohnsteuerabgaben erklärt. Auch auf die Möglichkeit einer er-

gänzenden Sozialhilfe bei nur geringem Einkommen wird mittels Beispiel hingewiesen. Im Anhang werden einige nützliche Adressen von hessischen Arbeitsagenturen, Ministerien, Behörden und Verbänden genannt sowie auf für die Zielgruppe wichtige Informationschriften hingewiesen.

Jürgen Blechinger, Jörg Bülow, Vera Woyczehowski: Das neue Zuwanderungsrecht. Merching (Forum). Erscheint im September 2004, Ringordner DIN A 5, 98 EUR. ISBN: 3-89827-947-2

Ein Praxisleitfaden zur rechtssicheren Umsetzung der aktuellen nationalen und europäischen Vorschriften

Zum Inhalt:

Das Praxishandbuch beinhaltet wichtige Hilfen und Tipps zur sicheren Anwendung des Gesetzes:

- altes und neues Recht im Schnellvergleich
- alle neuen EU-Vorschriften wie z. B. die Übergangsregelungen für die Beitrittsländer sind bereits berücksichtigt
- mit umfangreichen Arbeitshilfen wie Checklisten, Musterschreiben und Merkblättern für Mitarbeiter und Ausländer.

Florian Fritz, Frank Groner (Hg.): Wartesaal Deutschland – ein Handbuch für die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen. Lucius, ISBN 3-8282-0280-2, 304 S., 22,90 EUR. Aus dem Inhalt: Soziale Arbeit mit Flüchtlingen – gibt es das überhaupt noch? Geht das überhaupt? Ständig gibt es neue Gesetze und Regelungen, die das Leben von Flüchtlingen einschränken und behindern. Flüchtlinge sollen, kaum, dass sie Deutschland betreten haben, schon wieder zurück in die Heimat (...). Haben Flüchtlinge in Deutschland noch eine Chance? Der vorliegende Band gibt eine Antwort darauf, und sie lautet: Ja!

IMK e. V. (Hg.): Trauma und Therapie – Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt. ISBN 3-933881-19-6, 21 EUR. Mit Beiträgen von ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit. Themen: Entstehungsbedingungen, Therapiemethoden von Traumata sowie gesellschaftliche Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Impressum:

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

AK Asyl Baden-Württemberg e. V.
Hansjakobstr. 27 - 78658 Zimmern
Tel.: 0741/ 3 48 92 12 – Fax: 0741/ 3 48 92 13
E-Mail: akasylkoordination@web.de

Redaktion: Reiner Kastler

V.i.S.d.P.: Angelika von Loeper

Bankverbindung:

Kto. 3 51 79 30, BLZ 600 501 01
bei der Landesbank Baden-Württemberg



Gefördert durch die
Europäische Union

www.akasyl-bw.de

T. Müller-Heidelberg, U. Finckh, E. Steven, B. Rogalla, J. Micksch, W. Kaleck, M. Kutscha (Hrsg.): Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Fischer Taschenbuchverlag, Juni 2004, 224 Seiten, ISBN 3-596-16381-1, 9,90 EUR.

Ein gemeinsames Projekt von: Humanistische Union, Gustav-Heinemann-Initiative, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, PRO ASYL, Republikanischer Anwälteverein, Vereinigung demokratischer JuristInnen.

Der Grundrechte-Report gibt in 39 Beiträgen von Bürgerrechtlern und Menschenrechtsexperten einen prägnanten Überblick über Grund- und Menschenrechtsverletzungen und zeigt allgemeine Tendenzen auf.

Wichtig! Schon jetzt vormerken:

Wiederwahl/Neuwahl des Vorstands und des erweiterten Vorstands im Februar 2005

Alle zwei Jahre ist laut unserer Satzung der Vorstand und erweiterte Vorstand neu bzw. wieder zu wählen. Aus diesem Grund werden bei der Plenumsitzung im Februar 2005 ordentliche Vorstandswahlen stattfinden, bei denen zwei Vorsitzende sowie acht KandidatInnen (je zwei für die Regierungsbezirke Nord-/Südwest- sowie Nord- und Südbaden) für den Sprecherrat neu bzw. wiedergewählt werden müssen.

Damit wir die Wahlen gut vorbereiten können, bitten wir Sie um Wahlvorschläge. Bitte teilen Sie uns mit, falls Sie sich vorstellen können, ein solches zwar manchmal anstrengendes aber auch immer spannendes Amt auszuüben oder falls Sie jemanden kennen, der/die als Kandidat/Kandidatin für den Sprecherrat in Frage kommen könnte. Wir wollen, dass Sie die „echte Wahl“ haben – dafür brauchen wir Sie als KandidatIn!

Bitte wenden Sie sich bei Interesse an die Geschäftsstelle. Dort erhalten Sie von uns ein Papier, in dem die Aufgaben eines Sprecherrats/einer Sprecherrätin kurz zusammengefasst sind. Gerne beantworten wir dort auch Ihre weiteren Fragen.

Veranstaltungen des AK Asyl B.-W.

Das Angebot wird ständig erweitert und aktualisiert. Änderungen sind möglich. Bitte wenden Sie sich für genauere Informationen an die Geschäftsstelle

<u>Datum</u>	<u>Referent/-in</u>	<u>Veranstaltung</u>	<u>Ort</u>
26.09.04	Karl Kopp, Europareferent Pro Asyl	Asyl in der EU	Tauberbischofsheim
27.09.04	Karl Kopp, Europareferent Pro Asyl	Asyl in der EU	Karlsruhe
27.09.04	Heiko Kauffmann, Pro Asyl	Menschenrechte und Terrorbekämpfung im ZuWG	Konstanz
28.09.04	Heiko Kauffmann, Pro Asyl	Menschenrechte und Terrorbekämpfung im ZuWG	Ravensburg
6./7.11.04	Volker Maria Hügel, GGUA Münster	Vortrag/Fachtag zum ZuWG	Karlsruhe
14.10.04	Dr. Gisela Dahl, Ärztin, Stuttgart	Behandlung von illegalisierten Flüchtlings	Ulm
16.10.04	Dankwart von Loeper, Verleger, Karlsruhe	Pressearbeit für Asylinitiativen: Wie kommen wir mit unseren Themen in die Medien?	Markdorf
19.10.04	Vera Kohlmeyer-Kaiser, Rechtsanwältin, Vorstandsmitglied AK Asyl B.-W.	Das deutsche Zuwanderungsgesetz und sein Platz in der Europäischen Union	Ulm
26.10.04	Brigitte Kiechle, Rechtsanwältin, Karlsruhe	Flüchtlinge aus dem Irak: zur Sit. im Herkunftsland/Chancen auf Anerk. in der EU	Heidelberg
11.11.04	Jürgen Blechinger, Jurist, Vorstandsmitglied AK Asyl B.-W.	Das deutsche Zuwanderungsgesetz und sein Platz in der Europäischen Union	Rottweil
16.11.04	Jürgen Blechinger, Jurist, Vorstandsmitglied AK Asyl B.-W.	Das deutsche Zuwanderungsgesetz und sein Platz in der Europäischen Union	Heidelberg
27.11.04	Jürgen Blechinger, Jurist, Vorstandsmitglied AK Asyl B.-W.	Asyl und Asylverfahren in der EU I und II	Markdorf

Einladung zur Plenumssitzung und Tagung des AK Asyl Baden-Württemberg e. V.



Samstag, den 20. November 2004, 9.30 - 17 Uhr

Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Schubartstraße 14, Stuttgart

Erreichbar mit U 9 und U 14 ab Hauptbahnhof/Arnold-Klett-Platz bis zur Haltestelle Neckartor.
Mit dem Wagen ab Hauptbahnhof über Schillerstraße (300m), links in die Willy-Brandt-Straße (600m),
geradeaus auf die Neckarstraße (150m), rechts in die Friedenstraße. Schubartstraße kommt nach
ca. 50 m.

9.30 Ankunft und Anmeldung

10.00 Begrüßung

10.15 Arbeitsgruppen zum ZuWG:

AG 1 Veränderungen bei der Flüchtlingsanerkennung und beim Abschiebeschutz

Welche Veränderungen gibt es?
Wie berate ich richtig? (Folgeantrag)
Antrag auf einen (besseren?)
Aufenthaltstitel noch vor dem 1.01.05?
Referentin: Angela Furmaniak,
Rechtsanwältin, Lörrach

AG 2 Härtefallkommission

Wann macht es Sinn, die HFK anzurufen?
Verhältnis Petition/HFK
Bedeutung von Lebensunterhaltssicherung und Ausschlussgründen
Wie bereite ich einen Fall zur Vorlage bei der HFK auf?
Referentinnen: Vera Kohlmeyer-Kaiser,
Rechtsanwältin, Aalen, Vorstandsmitglied des AK Asyl B.-W.; Kirsten Schneider,
Flüchtlingsreferentin beim Diakonischen Werk Schleswig-Holstein

AG 3 Arbeit/Soziales: Hartz IV und die Auswirkungen für Flüchtlinge

Wo erhalte ich die Arbeitserlaubnis?
Wer darf noch arbeiten?
Welche soz. Sicherungssysteme greifen für wen, welche Leistungen erhalten die Betroffenen noch?
Referent: Jürgen Blechinger, Jurist,
Vorstandsmitglied des AK Asyl B.-W.

12.00 Mittagspause



13.00 Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen

13.15 Podium: Zur Praxis der Arbeit der Härtefallkommission: ein Blick in andere Bundesländer

Gertrud Heinemann, Flüchtlingsrat NRW
Kirsten Schneider, Flüchtlingsreferentin
DW Schl.-Holst.
Traudl Vorbrodt, FR Berlin

15.00 Kaffeepause



15.30 Das ZuWG – aus Sicht eines Mitglieds der Bundesregierung

Was ist gut am neuen ZuWG?
Gibt es Perspektiven für Menschen, die seit Langem hier leben?
(Ute Vogt, Rechtsanwältin,
Landesvorsitzende der SPD,
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern)

16.30 Aktuelle Runde

Rückblick: Tag des Flüchtlings 2004
Vorstandswahlen im Februar '05
Widerrufverfahren für Flüchtlinge aus dem Irak und Afghanistan
Situation der Minderh. aus dem Kosovo
„Blattduldungen“ und Verkürzung der Duldungszeit
Berichte aus den Regionen
Aktuelle Rechtsprechung

Ca. 17.00 Ende der Plenumssitzung/Tagung

Bitte abtrennen

Ja, ich komme zu der Tagung/Plenumssitzung des AK Asyl B.-W. am 20.11.04 in Stuttgart und nehme an

AG 1: Veränderungen bei der Flüchtlingsanerkennung...

AG 2: Härtefallkommission

AG 3: Arbeit und Soziales teil.

Ich möchte am Mittagessen teilnehmen.

Ich möchte ein vegetarisches Mittagessen.

**Bitte bis zum 17.11.04 zurücksenden an:
Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e. V.**

Geschäftsstelle: Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern o.R., Tel.: 0741 348921-2,
Fax: 0741 348921-3, E-Mail: akasylkoordination@web.de, Internet: www.akasyl-bw.de

Inhaltsverzeichnis:

In diesem Newsletter finden Sie:

Aktuelle Informationen zur Flüchtlingszeitung/ zum Tag des Flüchtlings ..	1
Bestellformular zum Tag des Flüchtlings	2
Das Zuwanderungsgesetz unter Dach und Fach	3
Besserer Schutz für Flüchtlinge? Thema Härtefallkommission	4
Ergebnisse der Innenministerkonferenz	5
Tipps und Termine	6
Programm der Tagung „Neue Grenzen - neue Kooperationen: Asyl- und Aufnahmepolitik in der erweiterten Union“ vom 17.-19.09. in Bad Boll	7
Literatur/Medien.....	8
Neuwahlen des Vorstands/erweiterten Vorstands im Februar 2005.....	10
Veranstaltungen des AK Asyl B.-W. im laufenden Projektjahr	10
Einladung und Teilnahmeformular für die Plenumsitzung/Tagung am 20.11.04	11

